

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/SFB/01. SFB-Ausschuss



Protokoll

**01. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem Teil
am Mittwoch, 09.07.2014 im Landratsamt Ebersberg, Hermann-Beham-Saal**

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
SchriftführerIn: Gabriele Huber Hubert Schulze

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Jorga, Rolf
Linhart, Susanne
Matjanovski, Marina
Schwaiger, Johann
Will, Renate
Zetzl, Bettina

SPD-Fraktion

Bittner, Barbara
Glaser, Renate Dr.
Poschenrieder, Bianka

GRÜNE-Fraktion

Gerneth, Christine
Kalnin, Vincent

abwesend ab 17:26 Uhr

Freie Wähler-Fraktion

Ried, Toni
Seidelmann, Wilfried Dr.

AG AfD-BP-ödp

Speckbacher, Alois

Abwesend sind: ./.

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin
von TOP 1ö bis 5ö, 7ö bis 8 ö
und von TOP 11ö bis 14ö

Hubert Schulze
Schriftführer
von TOP 6ö, 9ö und 10ö

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Einführung in das Teilbudget des SFB-Ausschusses
Vorlage: 2014/2128
- TOP 4 Zentrales Controlling;
Zwischenberichte 2014 aus dem Fachbereich SFB-Ausschuss
Vorlage: 2014/2161
- TOP 5 Vorstellung der Tätigkeit der Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im Landkreis Ebersberg
Vorlage: 2014/2157
- TOP 6 Schulentwicklung;
Einschreibungen für das Schuljahr 2014/15
Vorlage: 2014/2133
- TOP 7 Aufbau eines Bildungsmanagements - Weiterentwicklung des Bildungsbüros
Vorlage: 2014/2159
- TOP 8 Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention im Landkreis Ebersberg – Bericht über die Inklusionskonferenz und Festlegung der weiteren Handlungsfelder
Vorlage: 2014/2160
- TOP 9 Sportförderung;
Vertragsverlängerung mit Stadt Grafing und EHC Klostersee e.V.
Vorlage: 2014/2122
- TOP 10 Kulturförderung des Landkreises;
Bewilligungsmodalitäten
Vorlage: 2014/2125
- TOP 11 Würdigung des Ehrenamtes - Sachstandsbericht
Vorlage: 2014/2158
- TOP 12 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 13 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13.1 Bildungsmanagement;
gemeinsame außerplanmäßige Sitzung des SFB und JHA am 02.10.2014
- TOP 14 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Kreisräte und erklärte, dass der Ausschuss umbenannt wurde. Das Thema „Bildung“ solle, u.a. durch das Bestreben des Landkreises eine Zertifizierung als Bildungsregion zu erlangen, im Namen des Ausschusses vorkommen. Somit wurde aus dem Ausschuss für Familie, Soziales, Schulsachaufwand, Sport und Kultur (FSK) der Ausschuss für Soziales, Familie, Bildung, Sport und Kultur (**SFB**).

Landrat Robert Niedergesäß erkundigte sich nach Einwänden gegen die Niederschrift der 24. FSK-Sitzung am 09.04.2014. Nachdem keine erhoben wurden, erklärte er diese als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Einführung in das Teilbudget des SFB-Ausschusses
-------	--

2014/2128

SFC / Haushalt / Einführung

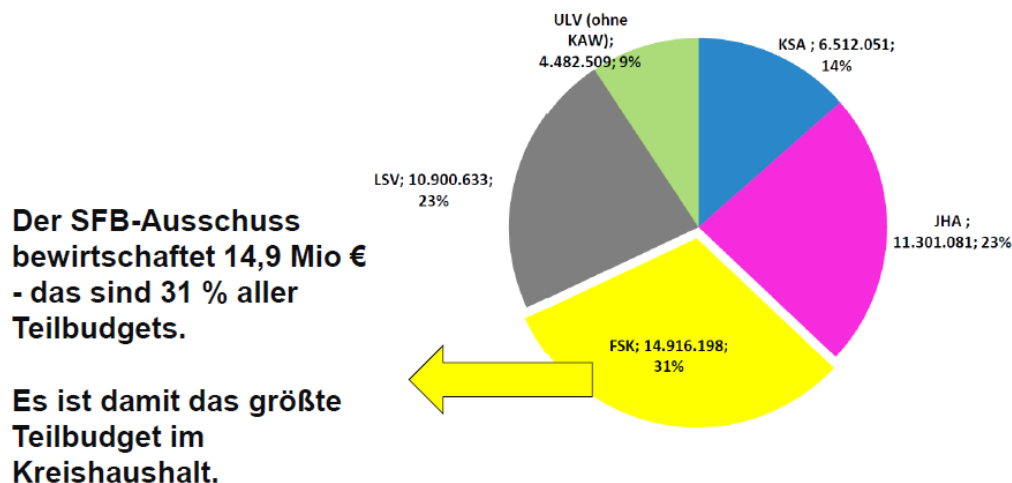
An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachinhalt anhand folgender Präsentation erläuterte:

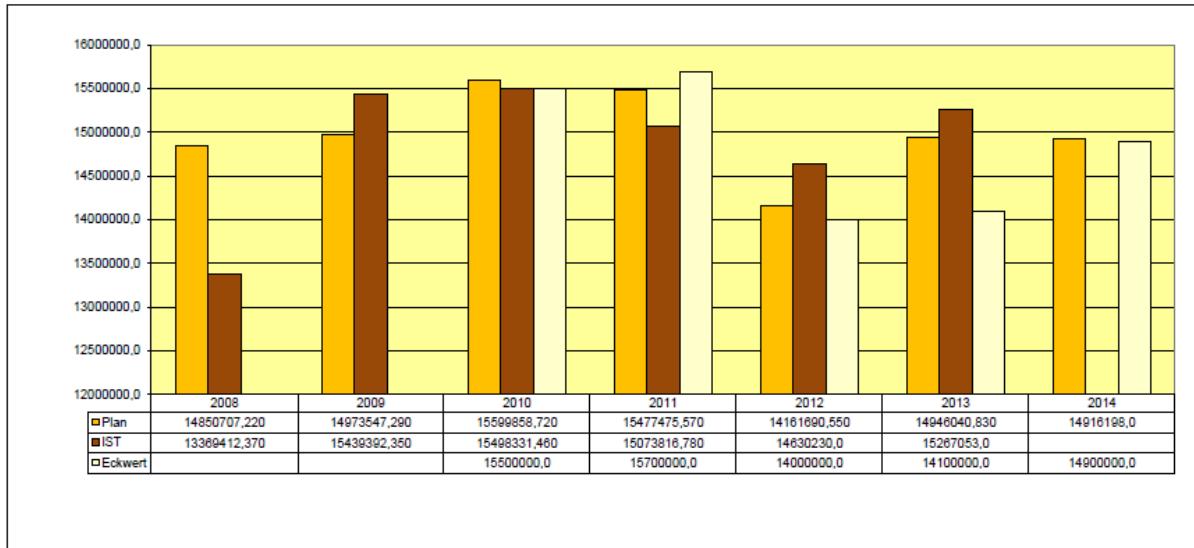
Das Teilbudget – im Vergleich zu den übrigen Teilbudgets

Der SFB-Ausschuss trägt die Budgetverantwortung gegenüber dem Kreistag.



Die Entwicklung des Teilbudgets

Seit 2008 sind die Nettoaufwendungen von 13,4 Mio € auf 15,2 Mio Euro gestiegen, das sind 13 %



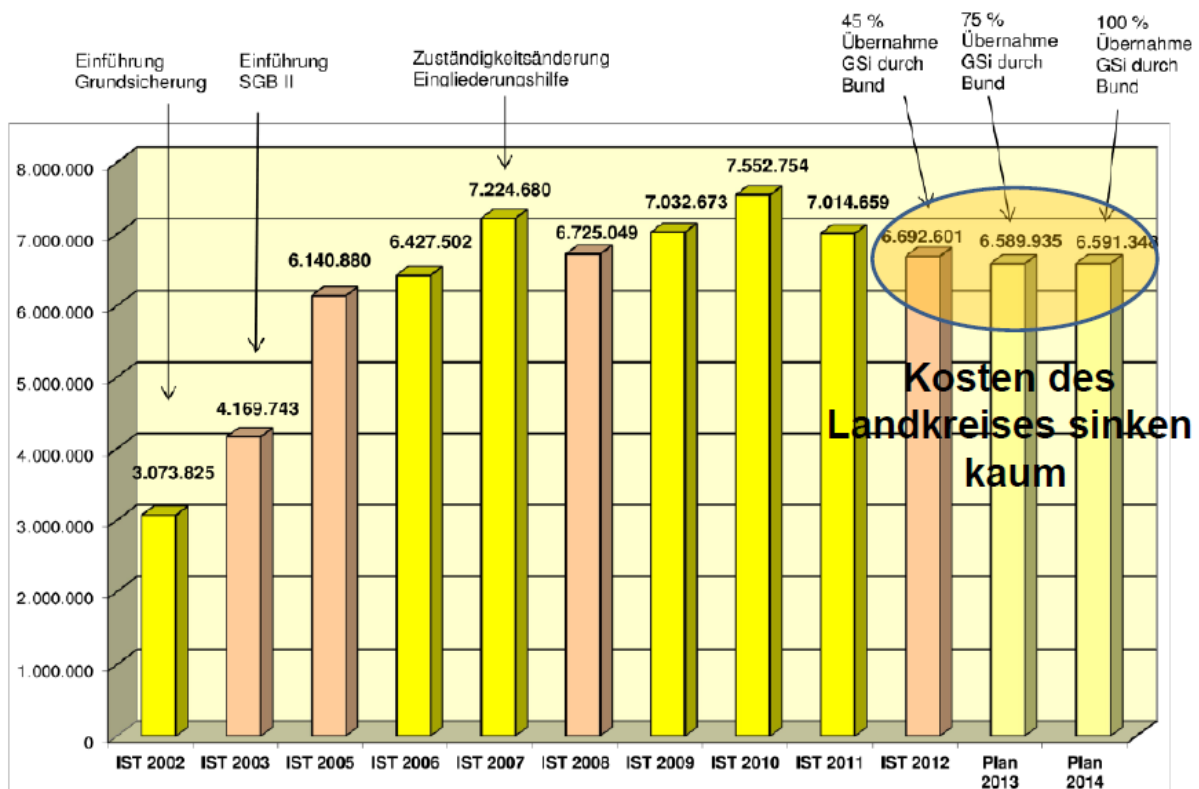
13 % in 6 Jahren ist doch nicht viel?

...das wären „eigentlich“ nur 2,1 % pro Jahr

Aber: In dieser Zeit hat der Bund die kompletten Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit übernommen, das sind weit über 2 Mio €.

Trotz dieser Entlastung stiegen die Sozialausgaben im Landkreis Ebersberg.

Die Entwicklung des Teilbudgets



Steuerungsmöglichkeiten

Gesteuert wird das Teilbudget über Produkte, diese sind auf Seite 77 und 78 aufgelistet. Freiwillige Aufgaben sind mit „FL“ gekennzeichnet. (FL= Freiwillige Leistung; Anmerkung d. Schriftführerin)

Folgende Produkte sind separat erläutert:

Gastschüler – Seite 82, 83

Grundsicherung – Seiten 91 bis 93

Kosten der Unterkunft = teuerstes Produkt im Kreishaushalt – Informationen auf den Seiten 94 bis 96

Alle Schulen des Landkreises (Sachaufwand) ab Seite 101 – Landwirtschaftsschule, FOS/ BOS Erding, Zweckverband Staatl. Realschule Vaterstetten, zentrale Kosten für EDV-Betreuung (S. 107), alle Schulen mit Entwicklung der Schülerzahlen sowie Informationen zu offener / gebundener Ganztagsbetreuung, Mittagsbetreuung und SaS.

Beispiel: Gymnasium Grafing

Kurzbeschreibung

Baujahr: 1946

Letzte Baumaßnahmen

Erweiterungsbau mit Mensa

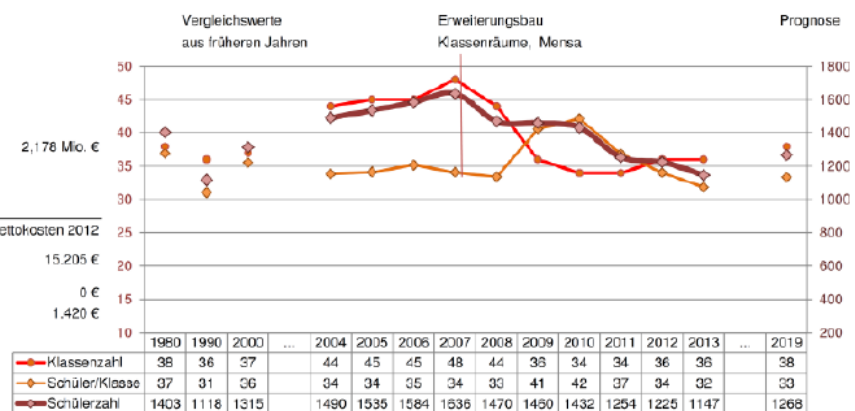
2007

2,178 Mio. €

Offene Ganztagsbetreuung: 3 Gruppen
Gebundene Ganztagsbetreuung: 0 Klassen
Mittagsbetreuung: keine
SaS: seit 07/13 unbes.

Nettokosten 2012
15.205 €
0 €
1.420 €

Schulleiter: NN



Haushalt Seite 115

Investitionen

Realschule Ebersberg	335.000	Zweckverbandsrealschule Vaterstetten	20.000
Realschule Markt Schwaben (Ausstattung Generalsanierung)	165.580	Investitionszuweisung FOS/BOS Erding	- 18.000
Realschule Poing	7.000	Sonstige Investitionen der Fachbereiche	148.690
Gymnasium Grafing	72.000	Summe (Sonstiges)	150.690
Gymnasium Vaterstetten	202.600		
Gymnasium Markt Schwaben	68.500		
Gymnasium Kirchseeon	70.500		
SFZ Grafing (Mensa, Ganztagsbetreuung)	57.000		
SFZ Poing	41.250		
Schulen Ersatzbeschaffungen	163.000		
Summe	1.182.430		

7 % der Investitionen verantwortet der SFB-Ausschuss, es sind vor allem Investitionen in den Sachaufwand der kreiseigenen Schulen.

Das Berichtswesen

Dem SFB-Ausschuss wird 3 x jährlich berichtet:

Im Oktober eines Jahres wird die Haushaltsplanung erstellt, die die Eckwertevorgaben des Kreistags vom Juli in eine Planung umsetzt.

Im März / April eines Jahres wird das Vorjahr analysiert und der Planung das tatsächlichen IST gegenübergestellt.

Im Juni / Juli (heute) eines Jahres erhält der SFB einen Zwischenbericht, in dem über den Verlauf des aktuellen Haushaltsjahres berichtet wird sowie Veränderungen aufgezeigt werden. Falls notwendig, muss nachgesteuert werden, um die Einhaltung der Planung nicht zu gefährden.

Weiterentwicklung des Berichtswesens

Das Berichtswesen ist standardisiert und zwar nicht nur für den SFB-Ausschuss, sondern für alle Ausschüsse. Vorteil: bei Zugehörigkeit oder Vertretung in einem anderen Ausschuss findet man sich leichter zurecht, weil das Berichtswesen identisch ist.

Dieses Berichtswesen wurde von der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung entwickelt und diese Arbeitsgruppe, die in der Geschäftsordnung des Kreistags verankert ist, entwickelt dieses Berichtswesen stetig weiter.

Hierzu wird auf Anforderung von Fachausschüssen oder Vorschlägen der Verwaltung mit der Arbeitsgruppe beraten, bevor Entscheidungen bezüglich der Änderung des Berichtswesens herbeigeführt werden.

Fragen?

Der Haushalt des Landkreises beantwortet viele Fragen, nicht nur auf den Seiten des Teilbudgets.

Vor allem der Vorbericht auf den Seiten 10 bis 30 erhält eine Fülle von Informationen über die Gesamtsituation der Kreisfinanzen, deren Entwicklung, Einschätzung der dauernden Leistungsfähigkeit, Verschuldung sowie Risiken und Ziele im aktuellen Haushaltsjahr.

Der SFB-Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

Der SFB-Ausschuss nahm Kenntnis.

TOP 4	Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus dem Fachbereich SFB-Ausschuss
-------	---

2014/2161

SFC / HH 2014 / Zwischenbericht

An der Beratung nahmen teil:

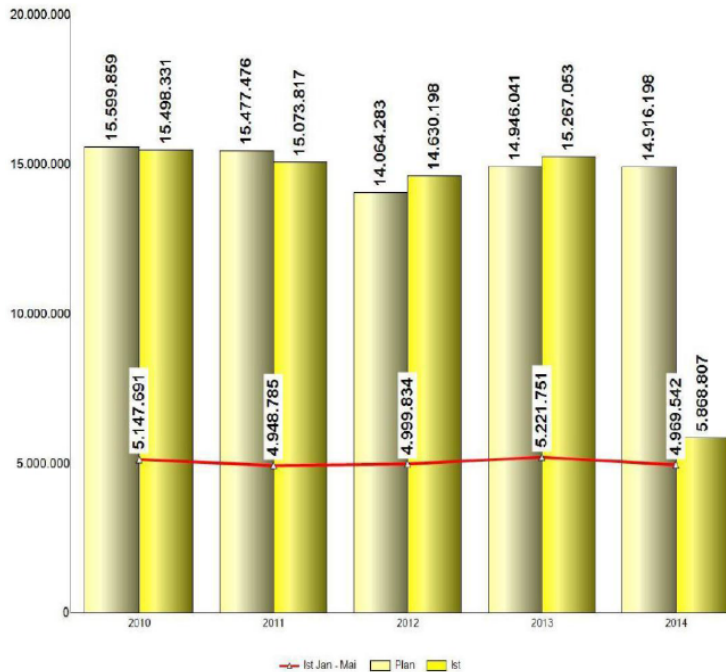
Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller. Sie teilte dem Gremium mit, dass die Einbeziehung der Fachausschüsse bei der Beratung über die Eckwerte, gemäß Beschlusslage des Kreistages, nicht vorgesehen sei. Die Eckwertebesprechungen für den Haushalt 2014 finden im Kreis- und Strategieausschuss am 14.7.2014 und im Kreistag am 28.7.2014 statt. Unabhängig von der Eckwertediskussion er-

halten die Fachausschüsse einen Zwischenbericht über den Stand des Haushaltsvollzuges ihrer Fachbereiche.

Frau Keller hatte zur Erläuterung des Sachinhaltes die anschließende Präsentation vorbereitet:

Gesamtüberblick der Ausgaben des SFB-Ausschusses - Cockpit



Der Ansatz wurde gegenüber dem Vorjahr nur um knapp 30.000 € erhöht.

Frau Keller erläuterte hierzu, dass die linke Säule die Planansätze eines Jahres und die rechte die Ist-Werte zeige. Die rote Linie markiere den Stand zum 31.05. eines Jahres. Durch die Entlastung des Landkreises ab 2014 durch den Bund bei den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, musste der Ansatz nicht noch mehr erhöht werden.

Lineare Entwicklung zum 31.5.

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2007	30,33%	103,44%	-3,44%
2008	29,54%	90,03%	9,98%
2009	30,55%	103,11%	-3,11%
2010	33,00%	99,35%	0,65%
2011	31,97%	97,39%	2,61%
2012	35,55%	104,02%	-4,02%
2013	34,94%	102,15%	-2,15%
2014	33,32%		

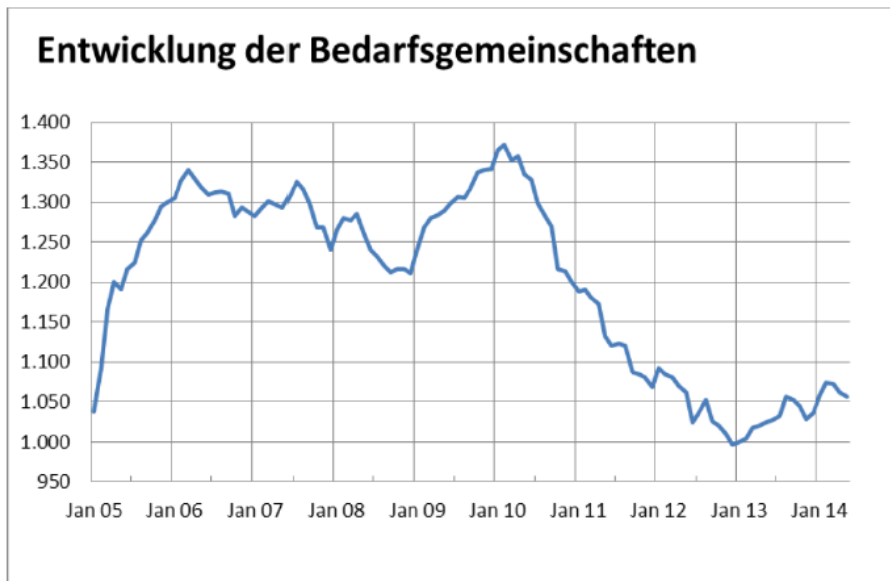
Diese Tabelle zeigt die Planausschöpfung zum 31.5. eines Jahres bezogen auf den jeweiligen Planansatz dieses Jahres. Die Planausschöpfung liegt unter der aus den Vorjahren, 2013 wurde der Planansatz aber **um 321.012 € bzw. 2,15 % verfehlt**.

Die Sachgebiete

	Jan - Mai					Prognose
	Ist					
	2010	2011	2012	2013	2014	
110 Zentrale Angelegenheiten des Kreises	71.942	55.150	40.145	30.412	24.799	Planeinhaltung
116 Medienzentrum Ebersberg	37.959	36.685	45.633	42.209	36.231	Planeinhaltung
114 Sport und Kultur, Gastschüler	125.183	142.552	320.374	542.780	257.294	Planeinhaltung
202 Familienbeauftragte (gültig bis 31.12.13)	20.690	20.914	20.493	20.325	0	1)
205 Gleichstellungsstelle (gültig bis 31.12.13)	1.054	-929	10.042	1.441	0	1)
203 Soziale Fachstellen					44.391	1)
210 Wohnungswesen, Ausbildungsförderung, Versicherungsangelegenheiten	161.448	152.773	137.436	111.765	208.344	2)
220 Sozialamt - örtlicher Träger	1.314.985	1.443.863	1.519.206	1.815.329	1.467.263	Planeinhaltung
221 Sozialamt - überörtlicher Träger	983	1.484	22.157	8.285	62.563	Planeinhaltung
250 Jobcenter Ebersberg	2.625.745	2.102.892	1.859.297	1.915.641	2.084.161	3)
310 Ausländer- und Personenstandswesen	156.830	153.760	141.475	156.418	149.478	Planeinhaltung
700 Fachabteilung 7, Gesundheit	-66.534	-68.506	-73.581	-73.002	-61.029	Planeinhaltung
710 Betreuungsstelle	70.328	73.122	75.087	78.099	83.690	Planeinhaltung
835 Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK)	165.562	371.476	241.854	201.825	230.643	Planeinhaltung
870 Landwirtschaftsschule Ebersberg	17.526	14.670	2.362	12.343	-866	Planeinhaltung
875 FOS/BOS Erding	0	0	95.996	68.233	68.225	Planeinhaltung
SUMME	4.703.701	4.499.905	4.457.976	4.932.103	4.655.185	Planeinhaltung

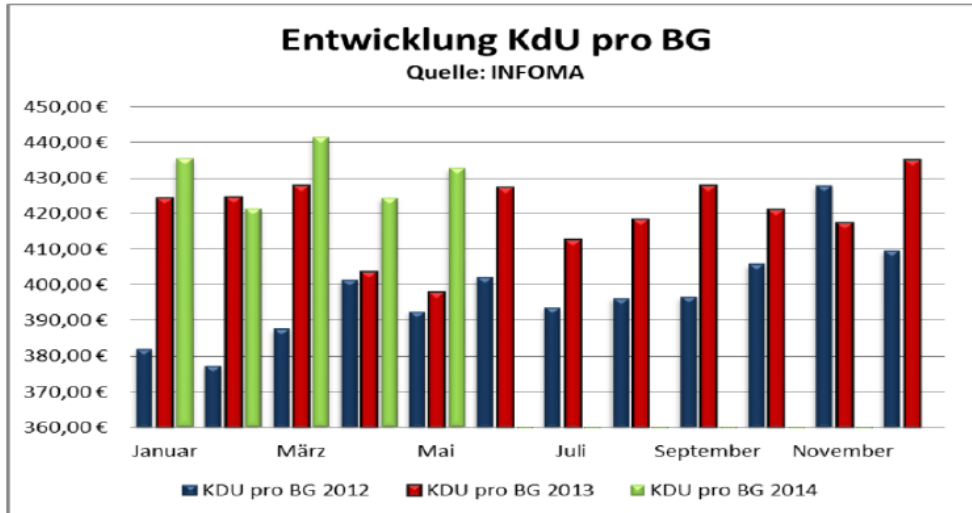
Frau Keller erläuterte hierzu, dass dies dem Berichtswesen entspreche. Planeinhaltung bedeute, dass die Sachgebiete mit ihren Mitteln auskommen. Zu den Prognosen ohne Planeinhaltung verwies Frau Keller auf die Begründung in der Sitzungsvorlage.

Jobcenter Ebersberg (250)



Der Planung wurden 1.080 Bedarfsgemeinschaften zugrunde gelegt, aktuell sind es 1.065 BG's.

Entwicklung der Kosten d. Unterkunft (KdU)



Die KdU in jedem Monat liegen deutlich über den Vorjahren!

Frau Keller erklärte hierzu, dass bereits in den ersten 5 Monaten des Jahres 2014 die Kosten der Unterkunft über der kalkulierten Höhe von 430 € pro Monat lägen.

KdU – Entwicklung seit 2006

	KdU pro BG	Veränd. zum Vorjahr in %
2006	343,95 €	
2007	350,21 €	1,8%
2008	359,43 €	2,6%
2009	370,35 €	3,0%
2010	375,55 €	1,4%
2011	393,74 €	4,8%
2012	397,86 €	1,0%
2013	419,89 €	5,5%
01-05/2014	431,14 €	2,7%

Der Landkreis wendete 2013 5,3 Mio € für KdU auf!

10 € mehr pro Monat erhöht die Kosten des Landkreises um 120.000 € - wären die Mieten unverändert geblieben, würde der Landkreis heute 1 Mio € weniger für KdU ausgeben!

KdU steigt stetig – geht man von 437 € pro BG aus, wird die Planung **um 183.000 € überschritten**.

Problem: Eingliederungsmittel

Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ist auch auf die sehr niedrigen Mittel zurückzuführen:

	2012	2013	1-5/2014
Maßnahmenplätze	378	196	31
Durchschnittliche Bedarfsgemeinschaften	1.046	1.029	1.065

Weil weniger Geld zur Verfügung steht, können Maßnahmenplätze nicht mehr belegt werden. Damit gehen Integrationen verloren.

Damit verbunden ist ein marktunabhängiger Anstieg der Zahl der BG's. PDI (Problemdruckindikator) muss verändert werden!

Problem: Bildung und Teilhabe

2013 wurden für 136.000 € Leistungskosten, die an Berechtigte ausgezahlt wurden, 110.000 € Personalkosten eingesetzt!

Zu fordern: Bundesteilhabegesetz

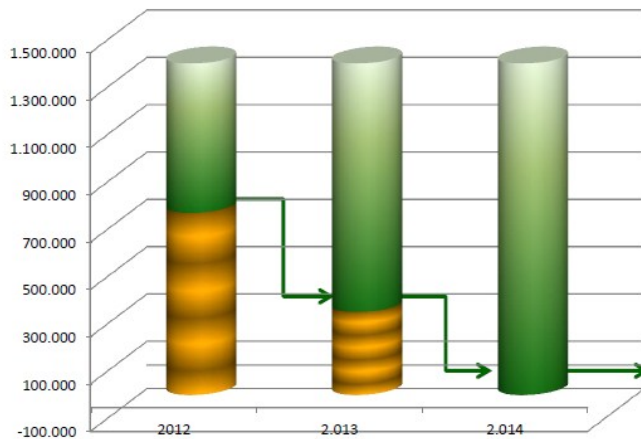
Eingliederungshilfe für Behinderte ist keine Sozialhilfe, weil sie nicht dem Nachrangprinzip folgt. 2015 ist den Kommunen eine Entlastung in Höhe von 1 Mrd. € versprochen – bisher keine Informationen!

Die Kostenträger

	Jan - Mai					Prognose
	Ist					
	2010	2011	2012	2013	2014	
1145 Gastschüler	52.339	70.027	217.615	431.543	76.402	Planeinhaltung
2231 Grundsicherung	807.902	899.786	924.482	1.001.587	366.428	Planeinhaltung
2511 Leistung für Unterkunft und Heizung	2.536.284	2.260.418	2.150.423	1.739.592	2.017.666	92.000 €
Summe	3.396.524	3.230.231	3.292.520	3.172.721	2.460.496	

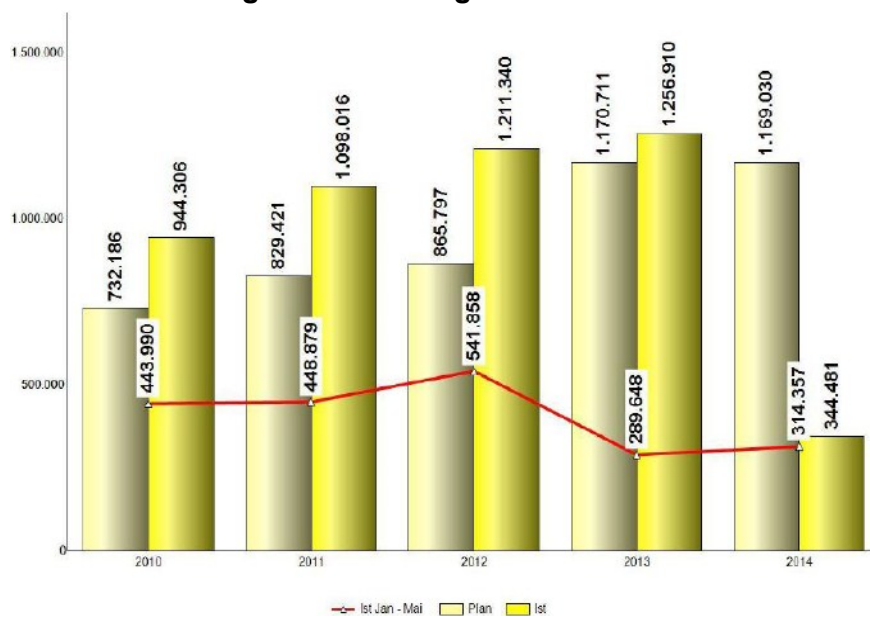
Diese 3 Produkte beanspruchen 2014 über 70 % des gesamten Budgets des SFB-Ausschusses.

Entwicklung 2014: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit



Ab 2014 übernimmt der Bund die kompletten Kosten der Grundsicherung. Dies bedeutet eine Entlastung um insgesamt 2,2 Mio € mit steigender Tendenz.

Schulen mit Budgetvereinbarung



Sehr niedriger Ausgabenstand

Entwicklung der Büchergeldrücklagen

	Büchergeldrücklage zum			
	31.05.2011	31.05.2012	31.05.2013	31.05.2014
820 Sachaufwand RS Ebersberg	-29.582	-42.084	-32.723	-32.723
830 Sachaufwand RS Markt Schwaben	-49.907	-56.914	-74.327	-74.327
833 Sachaufwand RS Poing				
840 Sachaufwand Gym. Grafing	-842	0	3.178	3.178
850 Sachaufwand Gym. Vaterstetten	0	-23.622	-60.674	-60.674
860 Sachaufwand Gym. Markt Schwaben	-1.561	-17.417	-17.187	-17.187
865 Sachaufwand Gym. Kirchseeon				
880 Sachaufwand SFZ Grafing	-18.833	-21.600	-19.508	-19.508
890 Sachaufwand SFZ Poing	-3.969	-5.022	-6.681	-6.681
SUMME	-104.694	-166.659	-207.923	-207.923

Diese Rücklagen sind zweckbestimmt und werden für Bücherkäufe verwendet. Sie werden Zug um Zug aufgelöst, falls die planmäßig bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.

Entwicklung der allg. Rücklage

	Allgemeine Budgetrücklage zum			
	31.05.2011	31.05.2012	31.05.2013	31.05.2014
820 Sachaufwand RS Ebersberg	-42.981	-32.597	-27.694	-27.694
830 Sachaufwand RS Markt Schwaben	-21.719	-20.718	-24.310	-24.310
833 Sachaufwand RS Poing			-3.000	-4.023
840 Sachaufwand Gym. Grafing	-53.891	-53.891	-63.891	-54.525
850 Sachaufwand Gym. Vaterstetten	0	-5.000	-14.791	-14.791
860 Sachaufwand Gym. Markt Schwaben	-21.704	-19.951	-9.586	-9.586
865 Sachaufwand Gym. Kirchseeon				
880 Sachaufwand SFZ Grafing	-13.653	-13.653	-15.653	-15.653
890 Sachaufwand SFZ Poing	-8.889	-8.889	-10.889	-10.889
SUMME	-162.836	-154.699	-169.815	-161.472

Seit 2011 werden diese Budgetrücklagen zum Ausgleich von Überschreitungen in der Ergebnisrechnung herangezogen, sie sind recht stabil.

Falls es keine Budgetrücklagen gibt, muss der SFB-Ausschuss über die Anwendung der Härtefallregelung beraten. Diese musste bisher nicht angewandt werden.

Bewertung Jahresergebnis 2014

Auswirkungen auf den Haushalt

Nach den Rückmeldungen wird die Budgeteinhaltung nicht ganz gelingen. Mit einer **Budgetüberschreitung von knapp 200.000 €** ist zu rechnen.

Nach der Präsentation wurden folgende Punkte angesprochen:

Anmerkung aus dem Gremium, dass die KdU durch Schaffung von günstigem Wohnraum entlastet werden könnte.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte darauf, dass es zu diesem Thema bereits eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gibt, die Konzepte erarbeitet, um die Wohnungsnot zu lindern. Laut Auskunft der Gemeinden fehlen derzeit 500 Wohnungen. Nach 20/25 Jahren fallen Sozialwohnungen aus der Sozialbindung und gehen in den freien Markt über. Es gibt Prognosen, dass der Landkreis in 10 Jahren 1.000 neue Wohnungen brauche. In der gestrigen Bürgermeisterdienstbesprechung wurde vereinbart, dass der Landkreis und die Gemeinden den Wohnungsbau noch stärker fördern wollen.

Auf Anfrage aus dem Gremium, welche Kosten die Kostenstelle 700 Gesundheit beinhalte, erklärte Frau Keller, dass diese Kosten nur im internen und externen Rechnungswesen abgebildet wurden. Es seien Kosten für Räume, EDV etc. die nötig sind, damit das Gesundheitsamt verwaltet und existieren könne. Die Vollkosten übernehme der Freistaat.

Dank aus dem Gremium an Frau Keller für den Zwischenbericht.

Der SFB-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Auch im nächsten Jahr ist dem SFB-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.



einstimmig angenommen

TOP 5	Vorstellung der Tätigkeit der Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im Landkreis Ebersberg
-------	--

2014/2157

2

An der Beratung nahmen teil:

Peter Selensky, Diakonie Rosenheim

Stefanie Geisler, Abteilungsleiterin Soziales

Andreas Stephan, Abteilungsleiter Zentrales

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Selensky, der folgende Präsentation vorbereitet hatte:

Zentrale Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit im Landkreis Ebersberg Bericht 2013

Der Landkreis Ebersberg

- 21 Gemeinden mit rund 131.000 Einwohnern auf 549,34 km² Fläche
- Vereinbarung zwischen Diakonisches Werk Rosenheim mit Landratsamt Ebersberg
- Finanzierung über die Gemeinden, Kreisumlage
- 2013 ist das 10. Laufzeitjahr
- Beginn 2004 mit 86 Fällen – 2013 mit 356 Fällen
- Personal: 2 Sozialpädagogen/innen in Teilzeit
- Das Diakonische Werk Rosenheim hat seit über 20 Jahren Erfahrung in der Fachstellenarbeit zur Verhinderung von Obdachlosigkeit in der Stadt Rosenheim

Warum eine Fachstelle?

- Die Fachstelle deckt den Präventionsbereich ab, der in der Obdachlosenarbeit der Gemeinden nicht vorgesehen ist, denn durch Prävention können
 - Obdachlosigkeit vermieden
 - und Kosten für die Kommune eingespart werden
- Warum FOL durch freien Träger?
- Hemmschwelle der Betroffenen geringer als bei Behörden
- Weniger Angst vor Sanktionierung, Stigmatisierung, Kontrolle, negativen Konsequenzen
- Geringere Befürchtung, Verhandlungen mit der Behörde intellektuell nicht gewachsen zu sein
- Gute Vernetzung im Hilfesystem

Situation der Betroffenen

Überwiegend Multiproblemlagen der Betroffenen:

- Wohnungsverlust
- Arbeitslosigkeit, Trennung, Tod

- Psychische und physische Krankheit
- Schulden, Sucht, Migration, Gewalt
- Belastungs- und Überforderungssituationen
- **KRISE**

Warum sozialpädagogisches Fachpersonal für die FOL?

Betroffene:

- häufig Defizite im Sozialverhalten
- wenig eigene Ressourcen zur Problembewältigung
- meistens überfordert durch krisenhafte Ereignisse
- Wohnproblem häufig nur ein Symptom, Ursachen müssen fachlich erarbeitet werden
- Erarbeiten und Umsetzen der ganzheitlichen Hilfe

Ziele der FOL-Tätigkeit

- Verhinderung von aktuellen Wohnungsverlusten
- Nachhaltige Sicherstellung einer Wohnung
- Angebot von umfassender, konkreter Hilfestellung
- Unterstützung von obdachlosen, sowie von Obdachlosigkeit bedrohten Personen im Landkreis bei der Wohnungssuche
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Aufklärung
- Kosteneinsparung für die Kommunen (Auftraggeber)

Was tun wir?

- Analyse der finanziellen, sozialen und familiären Situation und Erarbeitung eines individuellen Handlungskonzeptes
- Eigene Ressourcen abklären und aktivieren; Motivation zur Eigenverantwortung
- Beziehung schaffen, Schwellenängste abbauen
- Aufsuchende Arbeit durch Hausbesuche
- Informationen zu mietrechtlichen Problemen

...und weiter

- Beratung und Unterstützung hinsichtlich bestehender Sozialleistungsansprüche
- Vermittlung zwischen MieterInnen, VermieterInnen, RechtsanwältInnen & GerichtsvollzieherInnen
- Vermittlung zu anderen Beratungsstellen nach individueller Problemlage
- Unterstützung bei der Wohnungssuche
- Nachbetreuung in Einzelfällen



Prävention – je früher desto besser

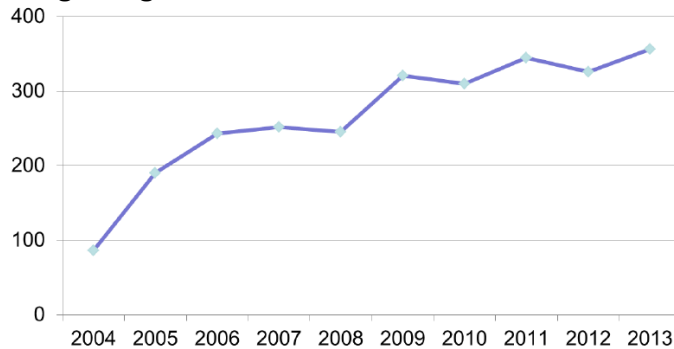
Wenn ein gerichtlicher Räumungstitel vorliegt – sind nicht mehr viele Vermieter zu einer Einigung bereit.



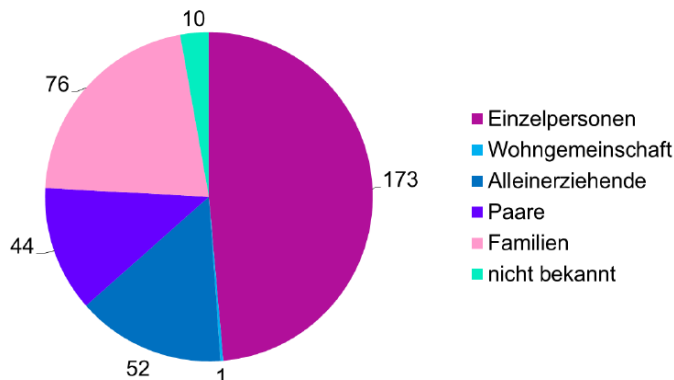
Es gibt nur noch wenige Hilfsmöglichkeiten und die Zeit drängt.

→ Je früher wir von einem drohenden Wohnungsverlust erfahren, desto größer sind die Möglichkeiten der präventiven Hilfe und des Wohnungserhaltes.

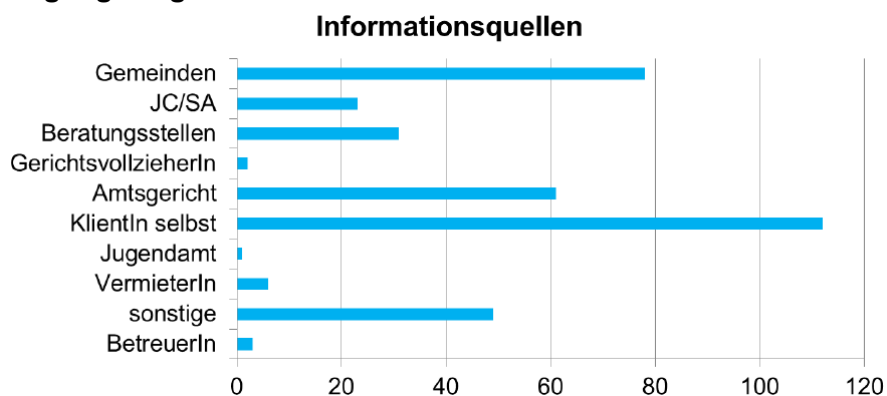
Steigerung der Fälle von 2004 – 2013

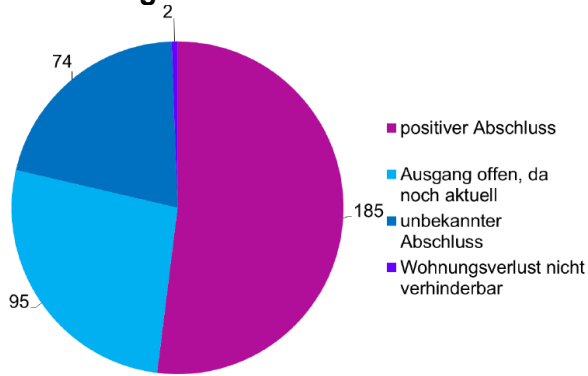


Anzahl der betreuten Wohnungsnotfälle (356)

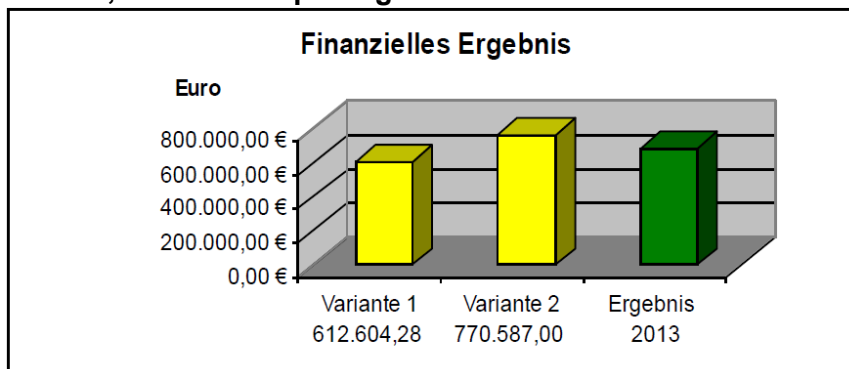


Zugangswege zur FOL



Auswertung**Wohnungspolitische Probleme**

- die meisten Gemeinden halten keine Unterkünfte oder Wohnungen vor
- zu wenig Wohnungen innerhalb der Mietpreisobergrenzen
- fehlende Sozialwohnungen
- fehlende Finanzierung für Nachbetreuung und unterstützende Wohnformen

Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Jahr 2013 ergibt mindestens 691.595,64 Euro Einsparung für den Landkreis

Herr Selensky erklärte, dass diese Fachstelle sich aufgrund der Einsparung sich auf alle Fälle für den Landkreis lohne.

Bei der Umfrage haben sich 14 Kommunen beteiligt und 9 Gemeinden stellen Unterkünfte zur Verfügung.

Eine Möglichkeit wäre, dass Verwaltungsverbände geschaffen würden, die gemeinsam eine Wohnung finanzierten.

Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und geklärt:

Eine Anfrage aus dem Gremium beantwortete Herr Selensky insofern, dass Wohnungslose in der Baldestraße / Herberge übernachten könnten. Die Kommune sei allerdings verpflichtet, angemeldete Bürger, die obdachlos würden, unterzubringen. Betroffene sollten als Erstes die Gemeinde kontaktieren - sollten diese keine Möglichkeit der Unterbringung haben, erst dann Kontakt zur Diakonie suchen.

Auf Nachfrage erklärte Herr Selensky, dass er in der Bürgermeisterdienstversammlung jährlich berichte.

Eine Anfrage aus dem Gremium, ob die FOL während des Verfahrens der Räumungsklage bereits tätig werden könne, um den Zeitfaktor der schnellen Unterbringung etwas zu minimieren, wurde insofern beantwortet, dass aus verschiedenen Gründen, u.a. datenschutzrechtliche, dies nicht möglich sei. Es lägen vor allem multiple Problemlagen vor, die Wohnung sei nur ein Teil des Problems. Die Betroffenen werden durch ein funktionierendes Netzwerk von Beginn an begleitet.

Auf Nachfrage erklärte Herr Selensky, dass bei der FOL 356 Bedarfsgemeinschaften gebe, davon 169 mit ALG II.

Herr Stephan erklärte, dass das Jobcenter unbefristete Mietkosten zahle, außer bei zu hohen Mieten würden nur 3 – 6 Monate bewilligt.

Landrat Robert Niedergesäß bedankte sich bei Herrn Selensky für dessen Ausführungen und bat den Ausschuss um Kenntnisnahme des Berichtes.

Der SFB-Ausschuss nahm Kenntnis.

TOP 6	Schulentwicklung; Einschreibungen für das Schuljahr 2014/15
-------	--

2014/2133

11/1191

Vorberatung

FSK-Ausschuss am 11.07.2013, TOP 8ö

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, Schulentwicklung

Landrat Robert Niedergesäß führte in den Tagesordnungspunkt ein und erteilte Herrn Schulze das Wort. Herr Schulze verwies auf die Sitzungsvorlage und stellte die allgemeine Entwicklung, einen Zuwachs bei den Realschulen und einen Rückgang bei den Gymnasien dar.

In der Diskussion wurden folgende Punkte angesprochen:

- Die Zahlen sprächen für einen Trend zur Realschule
- Die Anregung, auch die Gastschülerzahlen in den Bericht aufzunehmen, kann leider nicht umgesetzt werden, da die Sachaufwandsträger der aufnehmenden Schulen oftmals erst nach Jahren abrechnen.
- Besonders überbelegt ist das Gymnasium Vaterstetten, wo abhängig vom Ergebnis der beauftragten Prognose, dringend Abhilfe geschaffen werden muss.

Studiendirektor Bernhard Schaller erläuterte als Mitarbeiter im Direktorat des Humboldt-Gymnasiums Vaterstetten die Situation:

- Der Zustand der Container ist bedenklich
- Ein edv-gestützter Unterricht ist dort nicht möglich.
- Die Container sind schlecht beheizbar und unzureichend gegen die Kälte im Winter und die Sommerhitze isoliert.
- Der gewünschte Ausbau von gebundener und offener Ganztagsbetreuung erhöht weiter den Platzbedarf.

Der SFB-Ausschuss nahm Kenntnis.

TOP 7	Aufbau eines Bildungsmanagements - Weiterentwicklung des Bildungsbüros
-------	--

2014/2159

2/

An der Beratung nahmen teil: Stephanie Geisler, Abteilungsleiterin Soziales
Andreas Stephan, Abteilungsleiter Zentrales

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Geisler, die dem Gremium den Sachverhalt kurz erläuterte.

Bildungsmanagement

Qualifizierung zur Bildungsregion

Unser Weg zum Lernenden Landkreis Ebersberg“

- Arbeitskreise abgeschlossen
- Derzeit Erstellung der Bewerbung
- Vorstellung im JHA und SFB am 02.10.2014 (!)
- 2. Dialogforum am 05.11.2014

→ Ebersberg setzt einzelne Maßnahmen schon vor der Qualifizierung um.

→ Landkreis präsentiert sich am 25.07.2014 beim bayernweiten Erfahrungsaustausch

Ergebnisse „Nachhaltigkeit“:

1. Bildung als zentrales Thema – nachhaltige
2. Steuerung notwendig, um Qualität zu sichern und auszubauen.
3. Zentralorganisation wichtiger Bildungsthemen
4. Zentraler Ansprechpartner für Bürger, Schulen, Träger und einheitliche Koordination

Organisation „Bildungsmanagement“ zum 01.08.14

1. Fachstelle bei der Abteilungsleitung 2
2. Abteilung „Soziales“ wird umbenannt in „Soziales und Bildung“
3. Organisation der Themen „Schulentwicklung“, „Schülerzahlen“, Bedarfsermittlung“, JaS/SaS/Ganztagesschule“ in der Fachstelle Bildungsmanagement
4. Umsetzung der Handlungsfelder „Bildungsregion“
5. Aufbau der Servicestelle und Entwicklung des zentralen Ansprechpartners
6. Entwicklung einer Internetplattform
7. Planung einer Zukunftswerkstatt „Kulturelle Bildung“
8. Kooperation mit der FH Rosenheim

→ Keine Personalmehrung

Auf Nachfrage erklärte Frau Geisler die Akronyme JaS/SaS:

Die „Jugendsozialarbeit an Schulen“ (JaS) wurde eingerichtet, um in „Brennpunktschulen“ die Lehrkräfte in den Grund- und Mittelschulen, evtl. auch an Realschulen zu unterstützen.

Die „Sozialpädagogische Unterstützung an Schulen“ wurde in den weiterführenden Schulen, wie Gymnasium und Realschule eingerichtet.

Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, dass es sich bei der SaS eigentlich um staatliche Aufgaben handle, hier sei er bereits im Gespräch mit den anderen Landräten um hier eine Initiative auf den Weg zu bringen.

Dank aus Gremium für das Zustandekommen des Managements ohne Personalmehrung, um Soziales und Bildung zu vernetzen. Dies wäre auch auf Landesebene wünschenswert.

Auf Nachfrage antwortete Landrat Robert Niedergesäß, dass es bereits Anträge für eine Berufsschule im Landkreis gebe und man sich in den Gremien bereits ausführlich damit beschäftigt habe, mit dem Ergebnis, aufgrund mangelnden Bedarfs dies im Landkreis nicht weiterzuverfolgen. Die bereits bestehenden Berufsschulen in den angrenzenden Landkreisen würden bereits jetzt um die immer weniger werdenden Berufsschüler konkurrieren.

Der SFB-Ausschuss nahm Kenntnis.

TOP 8	Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention im Landkreis Ebersberg – Bericht über die Inklusionskonferenz und Festlegung der weiteren Handlungsfelder
-------	--

2014/2160

2/

Vorberatung

FSK-Ausschuss vom 04.07.2011, TOP 11ö
 FSK-Ausschuss vom 20.06.2012, TOP 7ö
 FSK-Ausschuss vom 10.10.2012, TOP 8ö

An der Beratung nahmen teil:

Christine Klostermann, Familien- und Inklusionsbeauftragte
 Stephanie Geisler, Abteilungsleiterin Soziales
 Andreas Stephan, Abteilungsleiter Zentrales

Landrat Robert Niedergesäß erläuterte den Sachverhalt zur UN-Behindertenrechtskonvention, die im März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Um Menschen mit Behinderung in die Lage zu versetzen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, wurde im Oktober 2012 der „Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Landkreis Ebersberg“ dem damaligen zuständigen FSK-Ausschuss vorgestellt und im Anschluss veröffentlicht.

Seit März 2014 ist die Position der Inklusionsbeauftragten mit Frau Klostermann, die auch die Familienbeauftragte des Landkreises ist und dem Demografie-Team angehört, besetzt. Am 27.06.2014 fand eine Inklusionskonferenz des Landkreises Ebersberg statt, bei der in einem Workshop die gemeinsamen Handlungsfelder auf dem Weg zum „inklusiven Landkreis Ebersberg“ entwickelt wurden.

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Frau Klostermann zur Vorstellung des erarbeiteten Aktionsplanes.

Frau Klostermann hatte zur Erläuterung eine Präsentation vorbereitet. **Die vollständige Präsentation wird mit dem Protokoll in das Rats- und Bürgerinformationssystem gestellt.**

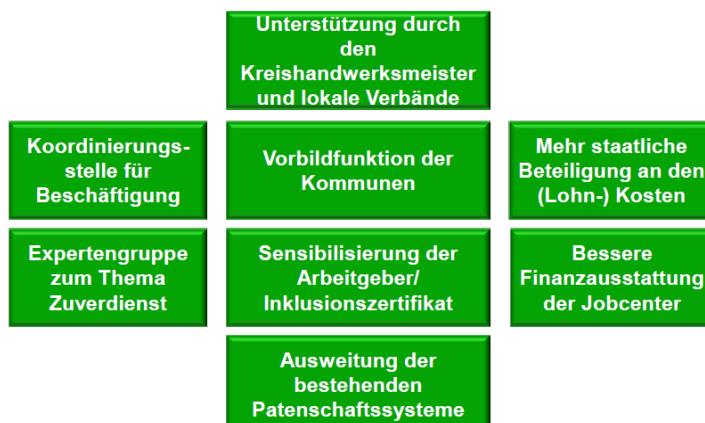
Frau Klostermann stellte in ihrer Präsentation anhand von Grafiken die Zahl der Menschen mit Behinderung nach Grad der Behinderung, nach Altersstufen und nach der Ursache der Schwerbehinderung dar.

Bei der Inklusionskonferenz am 27.06.2014 wurden 300 Einladungen versandt und es haben 85 an dem Workshop teilgenommen.

Folgende Handlungsfelder des Aktionsplanes wurden von den Anwesenden erarbeitet, wobei bei der linken Darstellung die Verwaltung Unterstützung von „Dritten“ bräuchte und bei der rechten diese Bereiche nicht in die Kompetenz des Landkreises fallen.

Aktionsplan Inklusion

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Arbeit und Beschäftigung**



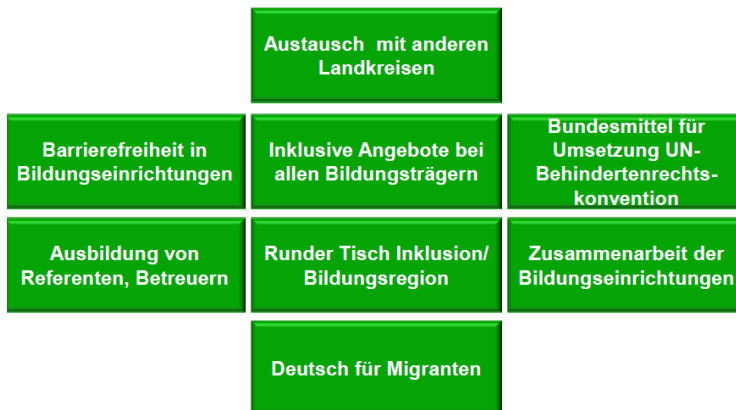
Bei dem Handlungsfeld „Vorbildfunktion der Kommunen“ erklärte Herr Stephan, dass das Landratsamt mehr als die Quote beschäftige. Auf Nachfrage wie hoch die Quote sei, erklärte er, dass er dies klären werde und die Information als Protokoll-Notiz anfügen werde.¹

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Behörden –Information -Beratung**



Bei dem Handlungsfeld „Technische Voraussetzungen bei Veranstaltungen“ erklärte Frau Klostermann, dass die Verwaltung hier beratend tätig werden könne, z.B. beim Thema „Barrierefreiheit“.

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Bildung**



Handlungsfelder des Aktionsplans: **Freizeit – Sport - Kultur**

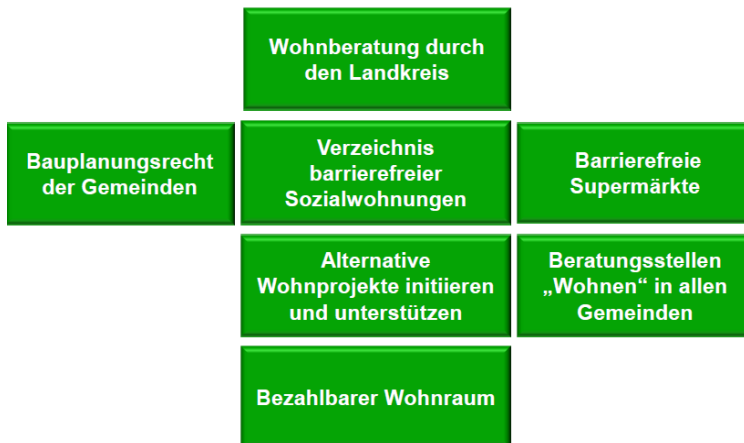


¹ Protokoll-Notiz: Die Pflichtquote liegt bei 5 %. Die Quote des Arbeitgebers Landkreis Ebersberg lag bei 12,04 % (2013)! Bei einer Umfrage in 2012, an der 12 oberbayerische Landratsämter teilnahmen, hatte der Arbeitgeber Landkreis Ebersberg die höchste Behindertenquote.

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Jugendarbeit**Handlungsfelder des Aktionsplans: **Kommunalpolitik**

Bei dem Handlungsfeld „barrierefreies Rathaus“ kam die Anregung aus dem Gremium, dass z.B. Sitzungen der Kommunen auch in anderen Räumen, die barrierefrei wären, stattfinden könnten.

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Schulen**

Handlungsfelder des Aktionsplans: **Mobilität und Verkehr**Handlungsfelder des Aktionsplans: **Wohnen**Aktionsplan: **Umsetzung**

Koordination des Prozesses:
Inklusionsbeauftragte

Strategische Begleitung des Prozesses:
Steuerungsgruppe

Operative Begleitung des Prozesses:
Arbeitsgruppen

Information der Öffentlichkeit:
Inklusionskonferenzen

Frau Klostermann erklärte, dass zur nächsten Sitzung des SFB-Ausschusses eine Besetzungsliste der jeweiligen Teilnehmender der Steuerungs- und Arbeitsgruppe vorgestellt werde.

Des Weiteren solle der Aktionsplan einem breiteren Publikum vorgestellt werden.

Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen:

- Die Akzeptanz der Menschen mit Behinderung könnte gesteigert werden, wenn bereits in den Kindergärten die Inklusion gestärkt werde.
- Die Vernetzung mit der Seniorenbeauftragten sei sehr wichtig.
- Den Aktionsplan und die entsprechenden Handlungsfelder in der Bürgermeisterdienstbesprechung vorzustellen, damit u.a. wenn Bestandschutz von historischen Rathausgebäuden wegfallt, baurechtlich verstärkt auf die Bedürfnisse behinderter Menschen eingegangen werde.
- Das Angebot in der Krankenpflegeschule zu erweitern und den Ausbildungsbereich zum/zur KrankenpflegehelferIn mitaufzunehmen. Damit könnte auch dem Pflegenotstand v. a. im Bereich Altenpflege entgegengewirkt werden.
- In der Bürgermeisterdienstbesprechung sollte auch auf das Projekt Schule und Inklusion an den Grund- Mittel- und weiterführenden Schulen hingewiesen werden. Darauf erklärte Frau Geisler, dass es hier bereits einen „Runden Tisch“ gebe, in dem erörtert werde, was im nächsten Schuljahr umgesetzt werden könne.
- In der neuen Landkreis-Zeitung „Ebersblick“ könnte durch Platzierung von Artikeln dieser Aspekt beleuchtet werden. Hinweis: Der Bezirk Obb. verleiht einen Preis.
- Die Gewerbetreibenden miteinzubeziehen, was jeder in seinem Bereich für Inklusion bewirken könne.
- Landrat Robert Niedergesäß erklärte, um einen evtl. Prozess anzuregen, wird das Ergebnis der Konferenz an die Gemeinden, an die Regierung und an den Landkreistag weitergeleitet.
- Aus dem Gremium erfolgte ein Dank an Frau Klostermann für den gut organisierten Workshop.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der SFB – Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. **Der Bericht zur ersten Inklusionskonferenz „Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention im Landkreis Ebersberg“ wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Der SFB-Ausschuss würdigt diesen Bericht als Grundlage für den Weg zum „inkluisiven Landkreis Ebersberg“.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die erarbeiteten Handlungsfelder im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umzusetzen.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, in der Oktober-Sitzung einen erneuten Zwischenbericht hinsichtlich des Zeitplanes abzugeben. Darüber hinaus erfolgt eine Berichterstattung einmal jährlich in der Sommer-Sitzung des SFB-Ausschusses.**



einstimmig angenommen

TOP 9	Sportförderung; Vertragsverlängerung mit Stadt Grafing und EHC Klostersee e.V.
-------	---

2014/2122

11/1141

Vorberatung

FSK-Ausschuss am 21.10.2009, TOP 6ö

Kreistag am 26.10.2009, Top 6ö

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, Sportförderung

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und erteilte Herrn Schulze das Wort.

Herr Schulze erläuterte das grundlegende Vorgehen bei der Förderung der Kunsteishalle des EHC-Klostersee e.V. und wies auf die federführende Prüfung durch die Stadt Grafing hin. Gegenüber dem bisherigen Vertragstext haben sich lediglich folgende Punkte verändert:

- Die Höhe der Betriebskostenförderung wird von 75.500 € auf 90.000 € angehoben.
- Statt der Verpflichtung, zu prüfen, wie der Geschäftsbetrieb der ersten Mannschaft aus der allgemeinen Wirtschaftsrechnung ausgegliedert werden kann, hält der neue Text bereits die Ausgliederung fest und nennt den aktuellen Eigenanteil mit 8.5 %.
- Aufgrund der jüngsten Überlegungen bezüglich einer Generalsanierung bzw. eines Neubaus wurde ausdrücklich aufgenommen, dass diese einer separaten Beschlussfassung bedürften.

Da es keine Wortmeldungen gab, verwies Landrat Robert Niedergesäß auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Stadt und rief zu Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der Vertrag vom 01.01.2010 zwischen dem EHC Klostersee e.V., der Stadt Grafing und dem Landkreis Ebersberg wird gemäß dem anliegenden Entwurf zum 01.01.2015 um weitere 5 Jahre verlängert.

Der Vertrag ist Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage (1) zur Niederschrift.



einstimmig angenommen

TOP 10	Kulturförderung des Landkreises; Bevilligungsmodalitäten
--------	---

2014/2125

Vorberatung

FSK-Ausschuss am 21.10.2009, TOP 8ö

FSK-Ausschuss am 25.10.2010, TOP 8ö

FSK-Ausschuss am 11.10.2011, TOP 5ö

FSK-Ausschuss am 28.03.2012, TOP 5ö

FSK-Ausschuss am 10.10.2012, TOP 7ö

FSK-Ausschuss am 20.03.2013, TOP 8ö

FSK-Ausschuss am 09.10.2013, TOP 10ö

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, Kulturförderung

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und berichtete von seinen Erfahrungen mit der Kulturförderung und Kreis- und Gemeindeebene. Die vorgeschlagenen Änderungen verhindern, dass nach Antragsfrist und Bevilligungssitzung kein Geld mehr für neue Initiativen da ist. Die Geschäftsordnung für den Kreistag billigte dem Landrat eine höhere Entscheidungsbefugnis zu.

Herr Schulze erläuterte das bisherige und das künftig geplante Verfahren und verwies auf die Vorteile:

- keine feste Antragsfrist (01.09.)
- schnellere Bewilligung im Rahmen der Richtlinien
- Synergie mit Verfügungsmitteln
- Ausschuss erhält Bericht
- Ausschuss muss nicht über viele kleine Beträge abstimmen.

Mit knapp der Hälfte des vorgesehenen Budgets könnten rund 87 % der Anträge durch den Landrat bewilligt werden. Dem Ausschuss wird jährlich berichtet.

In der folgenden Diskussion kamen folgende Punkte zur Sprache:

- Man kann dem Landrat vertrauen, die Förderung im Sinne der Richtlinien fortzuführen.
- Im jährlichen Bericht sollen auch die Ablehnungen aufgeführt werden.
- Nach den ersten Erfahrungen könne die Förderung ggf. angepasst werden.
- Die Förderung kann wahlweise formlos oder mittels des im Internet bereitgestellten Formulars beantragt werden.
- Neben der Kulturförderung dürfe auch die Sportförderung nicht vergessen werden.

Der SFB-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. **Über die Bewilligung einmaliger Zuschüsse nach den Kulturförderrichtlinien entscheidet ab dem Förderjahr 2015 der Landrat im Rahmen der Haushaltsmittel. Anträge über 5.000 € werden dem SFB-Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt.**
2. **Die Kulturförderrichtlinien werden in der vorliegenden Fassung beschlossen und sind Bestandteil des Beschlusses und Anlage (2) zur Niederschrift.**
3. **Über die Kulturförderung wird jährlich im SFB-Ausschuss berichtet.**



einstimmig angenommen

TOP 11	Würdigung des Ehrenamtes - Sachstandsbericht
---------------	---

2014/2158

2/

Vorberatung

05. FSK-Ausschuss am 01.04.2009, TOP 9 ö
 18. FSK-Ausschuss am 28.03.2012, TOP 9 ö
 20. FSK-Ausschuss am 10.10.2012, TOP 9 ö
 21. FSK-Ausschuss am 20.03.2013, TOP 10.5 ö
 24. FSK-Ausschuss am 09.04.2014, TOP 8 ö

An der Beratung nahmen teil:

Stefanie Geisler, Abteilungsleiterin Soziales

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und führte kurz in den Sachverhalt ein. Bisher wurde die Einführung einer Ehrenamtskarte abgelehnt. Er habe sich mit den anderen Landräten ausgetauscht und festgestellt, dass diese die Ehrenamtskarte überwiegend positiv einstufen. Er wisse, dass die Einführung eines gewissen Aufwandes bedürfe, aber es gebe 71 Landkreise und 25 kreisfreie Städte von denen 68 bereits eine Ehrenamtskarte eingeführt haben und bis Ende des Jahres es 78 Landkreise und kreisfreie Städte

werden. Das Thema sei im Landkreis auf den Weg gebracht, vor allem könne dies stellenplanneutral durchgeführt werden.

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Frau Geisler, die dem Gremium mitteilte, dass heute der Zwischenbericht vorgestellt und im Oktober die Beschlussfassung durch den SFB-Ausschuss erfolgen werde.

Nachfolgend der von Frau Geisler vorgetragene Sachverhalt:

Ehrenamt

- ❖ Tragende Säule unserer Bürgergesellschaft
- ❖ Bürgerzeit und Bürgerwissen
- ❖ Mehrere Ansätze zur Unterstützung der Ehrenamtlichen
(„Ehrenamt hat viele Facetten“)
- ❖ Einführung der Ehrenamtskarte
- ❖ Servicestelle für Ehrenamtliche und Vereine
- ❖ Durchführung einer Ehrenamtsbörse (Vernetzung/ digital etc.)
- ❖ „Ehrenamtspreis des Landkreises Ebersberg“
- ❖ Öffentlichkeitsarbeit
- ❖ Koordination von Ehrenamtsprojekten
- ❖ Unterstützung bei Fortbildungen

→ Landkreiskonzept

Verortung in der Landkreisverwaltung

- ❖ Fachstelle „Ehrenamt und Kultur“ bei
Abteilungsleitung 2
- ❖ Enge Anbindung zum Bildungsmanagement und Mitarbeit
- ❖ Unabhängige Anlaufstelle im Landratsamt
- ❖ Koordination der laufenden Ehrenamtsprojekte
- ❖ Kulturförderung
- ❖ Umsetzung der neuen Ehrenamtsprojekte

→0,5 Stelle

→Zuschussantrag beim Bayerischen Sozialministerium

Zeitplan und weiteres Vorgehen

- ❖ Austauschgespräch mit ARGE Wohlfahrt, Ehrenamtsorganisationen, Vertretern des Sports etc.
- ❖ Vorberatung in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe am 15.09.2014
- ❖ Vorstellung in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 02.10.2014
- ❖ Beschlussfassung im SFB am 08.10.2014

→ Umsetzung der Maßnahmen 2015

Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen:

- Es solle eine sogenannte Sammelversicherung, wie für die Kreisräte, auch für die ehrenamtlich Tätigen abgeschlossen werden. Darauf erwiderte Frau Geisler, dass der Freistaat eine Ehrenamtsversicherung habe. Sie werde Referenten zu diesem Thema einladen und über Newsletter bekannt machen, um die Bürger zu informieren.
- Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, dass z.B. schon jetzt vom Landratsamt als finanzielle Unterstützung Referentenhonorare übernommen werden, damit Ehrenamtliche diese Schulungsveranstaltungen kostenlos wahrnehmen können.

- Auf Anfrage aus dem Gremium, wie die Definition Ehrenamt im Bereich Pflege laute, antwortete Frau Geisler; alle die ihre Zeit und ihr Wissen einbringen. Hier spiele die Aufwandsentschädigung noch keine Rolle.
- Frau Geisler antwortete auf Anfrage, dass bei Rechtsstreitigkeiten der Landkreis keine Kosten übernehmen könne auch nicht beratend tätig werden könne, da dies den Rechtsberatungsberufen vorbehalten sei. Allein die Vermittlung könne von Seiten der Verwaltung übernommen werden.
- Apell aus dem Gremium, dass die Vereine eine Vereinshaftpflicht- und eine Rechtsschutzversicherung bei Veranstaltungen abschließen sollen.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

TOP 12	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 13	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

TOP 13.1	Bildungsmanagement; gemeinsame außerplanmäßige Sitzung des SFB und JHA am 02.10.2014
----------	---

Landrat Robert Niedergesäß informierte die Anwesenden, dass in einer außerplanmäßigen Sitzung des Jugendhilfe- und des SFB-Ausschusses am 02.10.2014 die Vorstellung „des Weges zum Lernenden Landkreis Ebersberg“ zur Qualifizierung zur Bildungsregion erfolgen werde. Bitte diesen Termin vormerken.

TOP 14	Anfragen
--------	----------

keine

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass es keine nichtöffentlichen Informationen und Bekanntgaben gebe. Nachdem es auf seine Nachfrage, keine nichtöffentliche Anfrage gab, erklärte Landrat Robert Niedergesäß die Sitzung für beendet.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.